

**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur  
**Herausgeber:** Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte  
**Band:** 3 (1923-1924)  
**Heft:** 12

**Nachruf:** Wilson  
**Autor:** Oehler, Hans

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wilson †.

Personlichkeit und Werk.

Von  
Hans Dohler.

Am 3. Februar ist Woodrow Wilson gestorben. Sein Tod hat die umstrittene Frage seiner Persönlichkeit und seines Werkes wieder in Fluss gebracht. Wenn wir im folgenden einen kleinen Beitrag dazu steuern, so hat das seinen Grund einmal darin, daß diese Frage uns seit dem ersten Auftreten Wilsons in der internationalen Politik, also nicht erst nach seinem allgemein offenkundigen Versagen in Paris, beschäftigt hat und wir das Bedürfnis verspüren, unser Urteil aus den Jahren 1917/18 auf seine Begründetheit nachzuprüfen. Dann aber auch, weil wir glauben, es sei gut, man nenne die Dinge beim Namen, auch wenn man damit in Widerspruch zur offiziellen Legendenbildung gerät. Lügen haben zwar nicht so kurze Beine, wie man gewöhnlich glauben machen will. Wir können aber trotzdem nicht von dem Glauben lassen, daß, was sich auf Lügen gründet, ohne Dauer ist. Wer unser Urteil hart findet, möge es an Hand der Unterlagen, auf Grund deren wir es uns gebildet haben, nachprüfen. Er wird finden, daß es sich in seinen wesentlichen Teilen mit dem Urteil derjenigen deckt, die Wilson in monate- oder jahrelanger Zusammenarbeit — sofern eine solche mit ihm überhaupt möglich war — kennen lernten und am Werk sahen.

\* \* \*

Ein starker Wille, seine persönliche Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, war der Antrieb für Wilsons Handeln. Es wäre ungerecht, das abstreiten zu wollen. Aber gepaart war diese willensmäßige Triebkraft mit einem unverträglichen zelotischen Eiferexzess, das seinerseits seinen Ursprung in einer alles Maß übersteigenden persönlichen Eitelkeit und Eingebildetheit hatte. Diese aber stand in keinem Verhältnis zu den wirklichen Fähigkeiten seiner Verstandes- und Denkkraft. Wilson hat seiner Lebtag keinen ursprünglichen Gedanken gehabt. Er hat nie selbstständig Begriffe gesetzt und zu geschlossener Auseinandersetzung zusammengestellt, nie auch nur einen übernommenen Gedanken zu Ende gedacht und auf seine Folgen überprüft. Er war überall im besten Fall Anreger; was er in seinen ungezählten Wahlreden und Programmen mit dem Pathos eines Propheten vortrug, war vom ersten bis zum letzten Begriff aus fremden Quellen zusammengetragen. Über diesen Mangel an eigener konstruktiver Denkkraft täuschte er sich und

seine Mitmenschen mit rhetorischem Blendwerk hinweg. Er hatte, was man so sagt, eine Nase für das, was in der Luft liegt, erkannte vorhandene geistige Strömungen und machte sich zu ihrem Verkünder. Aber er dachte die „Bewegung“, zu deren Vorlämpfer er sich aufwarf, nicht zu Ende; reihte nicht Vorstellung an Vorstellung, um das Maß des Durchführbaren und Erreichbaren an ihr zu ergründen.

Wilson hätte die Grenzen seines Könnens instinktiv fühlen müssen. Er wird von seinen vertrautesten Mitarbeitern zu allen Zeiten als ein verschlossener, misstrauischer Mensch geschildert, der sich niemandem mitteilte, sich eigenhinnig jedem fremden Rat verschloß, und sich so in den Schleier des Geheimnisvollen hüllte. Große Menschen sind zu allen Zeiten mit Vorliebe verschlossen und wenig mitteilsam gewesen; sie übertrugten ihre Umgebung und fühlten sich darum einsam. Wilson verbarg hinter seiner geheimnisvollen Verschlossenheit seine Unkenntnis der Dinge, zu deren Behandlung er Kraft seiner Stellung berufen war, seine intellektuelle Unsicherheit, ja Hilflosigkeit. Solange es mit dem Reden allein getan war, ging alles gut. Dann konnte er mit Worten blenden. Sobald es ans Ausführen, ans Handeln ging, zeigte es sich, daß er gar keine klare Vorstellung dessen, was zu machen war, besaß, daß er keinen Plan, kein Programm, nichts ausgearbeitet hatte. Man lese hierüber nach, was Lansing in seinem Buch „Über die Versailler Friedensverhandlungen“ S. 148 über Wilsons Mangel an einem Programm in Paris schreibt: „Es war offenbar, daß Präsident Wilson kein Programm irgendwelcher Art, nicht einmal eine Liste einschlägiger Punkte als Umriß für die Aufstellung eines Programms besaß... Bei der Unfähigkeit des Präsidenten, die Notwendigkeit eines Programms zu erkennen, fühlte ich, daß etwas geschehen müsse.“

Wilson war im Grunde alles Handeln zuwider. Er war zum Pfarrherren geboren, der seine Gemeinde mit erbaulichen Sprüchen betreut. Niemand hat das mit mehr Ironie festgestellt, als der Delegierte des englischen Schatzministeriums an der Pariser Konferenz, R. H. H. Nelson, in seinem bekannten Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, wo er auf S. 31 u. ff. schreibt: „Der Präsident war wie ein Geistlicher einer Dissidentenkirche. Sein Denken und sein Temperament waren wesentlich theologisch, nicht intellektuell... Er hatte keinen Plan, keinen Entwurf, keinen aufbauenden Gedanken irgendwelcher Art, um die Gebote, die er vom Weissen Hause mit Donnerstimme verkündet hatte, mit dem Blute des Lebens zu erfüllen. Er hätte über jedes einzelne dieser Gebote eine Predigt halten oder ein majestatisches Gebet an den Allmächtigen um ihre Erfüllung richten können; ihre konkrete Anwendung auf den augenblicklichen Zustand Europas konnte er nicht gestalten... Sein Geist war langsam und anpassungsunfähig... Sein Geist war zu langsam und zu erfindungsarm, um irgendwelche Auswege zu finden.“ Die Anwendung, die Ausführung seiner Sprüche interessierte Wilson auch gar nicht. Nur mit Widerwillen und nur dem Zwang seiner Stellung gehorchnend, befaßte er sich überhaupt damit. (Vergl. Lansing, S. 159: „Er erging sich in

Allgemeinheiten und überließ — man kann nicht sagen: überantwortete — Anderen ihre Deutung und Anwendung.“)

Aus dieser Grundanlage seines geistigen Wesens, mehr zum Lehren als zum Handeln geboren zu sein, kann man Wilson keinen Vorwurf machen. Unverantwortlich aber ist es, daß er trotzdem nach Stellen griff, in denen das Handeln und nicht das Predigen ausschlaggebend ist. Gewiß mag ihn zum Teil sein Drang nach Betätigung für die Allgemeinheit in das öffentliche Leben getrieben haben. Wäre er aber ehrlich gegen sich selbst gewesen, dann hätte er sich nicht durch seine rednerischen Erfolge über die Mangelhaftigkeit seines staatsmännischen Könnens und Leistens hinwegtäuschen dürfen. Ehrlich gegen sich selbst zu sein, hinderte ihn aber seine Eitelkeit. Eitelkeit ist die größte Unzugend des Staatsmannes. Nach einem Wort Bismarcks muß man von der staatsmännischen Befähigung eines Menschen das Maß seiner Eitelkeit abziehen. Was dann noch bleibt, ergibt erst das wirkliche Maß seiner Befähigung für politische Dinge. Bei Wilson war die Eitelkeit größer als seine Befähigung und dementsprechend das Ergebnis. Ihm fehlte jegliche Selbstkritik. So belog er sich selbst und belog eine ganze Welt bis zu dem Tag, an dem er seine Versprechungen einlösen sollte. Wilson ist kein Lügner und Betrüger, als was man ihn schließlich gelegentlich bezeichnet hat. Aber er ist auch kein Heiland und kein Großer und wird nicht als Unsterblicher unter die menschlichen Geistesheroen eingereiht werden. Daß er den vorliegenden Aufgaben nicht gewachsen sein konnte, hätte er wissen müssen. Sein ängstliches Bemühen, seine Mitarbeiter keinen Einblick in seine unklare Vorstellungswelt tun zu lassen, hätte ihm anzeigen sollen, daß er höher stand, als seine Befähigung reichte. Die furchtbare Verantwortung z. B., die auf seinen Schultern ruhte, als er nach Paris fuhr, hätte ihn zur Selbstbesinnung bringen müssen. Wilson war aber ein verantwortungsloser Mensch. Darin besteht die eigentliche Unzulänglichkeit seines Charakters. Er fuhr nach Paris als Welterlöser. Daß er die Welt nun auch erlöse, war seine geringere Sorge. Seinem Ehrgeiz, seiner Eitelkeit war das Blenden, das Scheinen, das eine Rolle spielen alles. Auch in Paris, als seine Unzulänglichkeit offen zu Tage trat, war schließlich seine einzige Sorge, daß er seine Rolle gut zu Ende spiele. Daß der Friede, der dort hinter dreifach verschlossenen Türen ausgeheckt wurde, in keiner Weise dem von ihm verkündeten 14-Punkte-Frieden entsprach, kam ihm gar nicht zum Bewußtsein, weil ihm der Schein des Entsprechens vollauf genügte. Ihm zuliebe seien die Bestimmungen eines Karthago-Friedens, drückt sich Kehnes aus (S. 40), „in die erhabene Sprache der Freiheit und der internationalen Gleichheit gekleidet“ worden. Damit war das, was er an Gewissen besaß, beruhigt. „Am Ende — schreibt Kehnes weiter (S. 41) — war das Werk vollbracht und das Gewissen des Präsidenten noch immer unverleckt. Trotz allem, glaube ich, erlaubte ihm sein Temperament, Paris als wirklich ehrlicher Mann zu verlassen. Und wahrscheinlich ist er bis heute aufrichtig überzeugt, daß der Friedensvertrag praktisch nichts ent-

hält, was mit seinen früheren Bekennnissen nicht übereinstimmt.“ Der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen ist klein. Wilson hat ihn in den Monaten vom Januar bis zum Juni 1919 in Paris getan.

\* \* \*

Der eben in deutscher Übersetzung (bei List in Leipzig) erschienene III. Band der von R. St. Baker herausgegebenen „Mémoires und Dokumente über den Vertrag zu Versailles“ versetzt uns in die Lage, Wilsons Arbeits- und Denkweise an einem besonders lehrreichen Beispiel zu verfolgen. In diesem lediglich Dokumente zur Pariser Friedenskonferenz enthaltenden Band wird als Dokument 68 ein „Stenographischer Bericht über die Zusammenkunft zwischen Präsident Wilson, den Friedensbevollmächtigten und den technischen Beratern der amerikanischen Friedenskommission im Hotel Crillon am 3. Juni 1919“ wiedergegeben. Es ist der Zeitpunkt nach Überreichung der deutschen Gegenvorschläge. Wilson befragt die Vertreter der amerikanischen Friedenskommission um ihre Meinung über diese Gegenvorschläge. Auf vier Punkte des Vertragsentwurfes bezogen sich diese in erster Linie: auf die Reparationen, die östlichen Grenzen gegen Polen, die Besetzung des linken Rheinufers und die Zulassung zum Völkerbund. Um diese vier Punkte drehen sich die Verhandlungen Wilsons mit seinen Mitdelegierten und technischen Beratern.

Bezüglich der Reparationen herrscht unter den Beratern nur eine Meinung vor: es muß den Deutschen eine feste Summe der von ihnen zu zahlenden Reparationen angegeben, die Kompetenz, diese Summe später festzustellen, darf nicht in die Hände der Reparationskommission gelegt werden. Wilson verteidigt demgegenüber die Reparationskommission; die Deutschen hätten ihrerwegen falsche Befürchtungen: „was mich an diesem Gegenstand interessiert, ist sein Weltaspekt... Man muß eine Methode ausarbeiten, um diese Summe nicht endgültig, sondern auch wertvoll zu machen, indem man Deutschland die Mittel gibt, sich an die Arbeit zu machen. Es will mir jetzt scheinen, daß man das durch die Betonung, daß die tatsächliche Aufgabe der Reparationskommission, wie ich sie auffasse (!!), darin besteht, ihnen bei der Ausführung ihrer Verpflichtungen zu helfen, hätte klar machen können.“ Davis macht demgegenüber Wilson darauf aufmerksam, daß der Zweck und die Aufgaben der Reparationskommission laut dem Vertragstext andere seien, als er sie auffassen möchte. Lamont faßt zusammen: „Herr Präsident, ich glaube, unsere Schwierigkeiten würden schwinden, wenn Sie und M. Clemenceau und Mr. Lloyd George ihre technischen Ausschüsse dahin instruieren würden, innerhalb vierundzwanzig Stunden anstatt innerhalb zweier Jahre die endgültige Summe festzusezzen.“ Wilson antwortet darauf: „Wir instruierten sie bereits einmal, eine endgültige Summe zu finden. Und dann erhielten wir Lloyd auf den Schädel.“ Hier bricht das Protokoll ab. Wilson tritt also seinen amerikanischen Beratern gegenüber als Ver-

fechter des Versailler Vertrages auf. Er betont, daß ihn an der Reparationsfrage weniger deren sachlicher Inhalt, ihre voraussichtliche Wirkung u. s. w. interessiere, als vielmehr ihr „Weltaspekt“. Wenn die Deutschen wegen den der Reparationskommission eingeräumten Kompetenzen reklamierten, so solle man demgegenüber betonen, welches nach seiner — Wilsons — Auffassung die tatsächliche Aufgabe der Reparationskommission sei. Auf die Vorbehalte seiner Mitarbeiter, die Machtbefugnisse der Reparationskommission seien laut Vertragstext in der Tat diejenigen, die die Deutschen befürchteten, und man solle unbedingt zur Festsetzung einer bestimmten Summe schreiten, weiß Wilson nichts anderes zu antworten, als daß man das schon einmal versucht habe, aber von den Franzosen abgewiesen worden sei.

Über die östlichen Grenzen Deutschlands, bezw. die Zuteilung Oberschlesiens an Polen entspinnit sich folgende Unterhaltung. Referiert wird von Dr. Vord, einem Anhänger des französisch-polnischen Standpunktes: „Wenn einerseits der Verlust (Oberschlesiens) für Deutschland einen schweren Schlag bedeuten würde, so würde anderseits auch ein Verlust für Polen dasselbe sein.“ Lamont: „Ich vermag nicht einzusehen, warum das ein Verlust für Polen sein könnte, da Polen es niemals besessen hat.“ Der Präsident: „Aber theoretisch ist es polnisch...“ Lansing bemerkt, ihm scheine der entscheidende Punkt der, wo die Kohle gebraucht werde. Taubig nimmt Anstoß daran, „daß man den Deutschen Besitz raubt, der viele Jahrhunderte hindurch deutsch gewesen“ sei; „das ist nach meinem Dafürhalten eine der schlimmsten Bestimmungen des Vertrages.“ Wilson entschuldigt sich: „Das war meiner Aufmerksamkeit entgangen.“ Baruch drängt: „Der wirtschaftliche Charakter der schlesischen Frage sollte aufgegriffen werden.“ Der Präsident: „Befindet sich nicht in Paris irgend ein polnischer Vertreter, mit dem Sie sogleich diese wirtschaftlichen Aspekte der Sache erörtern können, um zu sehen, ob sich nicht eine Vereinbarung treffen ließe, die in Bezug auf Rohmaterialien und in dieser Expropriationsangelegenheit weniger anfechtbar sein würde?“ Die Sache als solche, ob Oberschlesien bei Deutschland verbleiben oder zu Polen geschlagen werden solle, mit was für Rückwirkungen auf den künftigen Frieden, auf das europäische Wirtschaftsleben u. s. w. im einen oder im andern Fall zu rechnen sein werde, interessiert Wilson nicht. Ihm genügt, wenn irgendwelche Forderungen Frankreich-Polens formell nicht mit seinem 14-Punkte-Programm im Widerspruch stehen. Wo allzu schreiende Ungerechtigkeiten vorliegen, ist er bedacht, sie in eine Form zu kleiden, daß sie „weniger anfechtbar“ erscheinen.

Über die Beziehung des linken Heiners führt Wilson u. a. aus: „Wohl das schlimmste, was sich in der Welt ereignen könnte, wäre, wenn eine tiefegehende Spaltung zwischen den alliierten und assoziierten Mächten eintrate... Persönlich glaube ich, die Dinge werden sich bei der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund von selbst lösen... Ich sage ebenso vertraulich, wie kurz vorher, daß Mr. Lloyd George seine militärischen Berater und sein Kabinett als geschlossene

Einheit dahin vertritt, daß man die Okkupationsperiode nur über eine Zeitdauer von zwei Jahren ausdehnen sollte... Die Schattenseite der Okkupationsfrage besteht darin: es handelt sich offenbar nicht um eine rein militärische Frage." Oberst House: „Wie ernst steht es mit der Republik, die sie (die Franzosen) dort gebildet haben?" Der Präsident: „Ich glaube ganz und gar nicht, daß die Bewegung echt ist, ich meine spontan." Oberst House: „Ja, ich halte es für einen Betrug." Der Präsident: „Ja, ich weiß, daß es das ist." Im weiteren Verlauf des Gesprächs bringt General Bließ vor, daß die Deutschen die ihnen zugemuteten militärischen Vertragsbestimmungen nur unter der Bedingung ihrer Zulassung zum Völkerbund annehmen würden und daß sie die Aufhebung der Besetzung im Augenblick ihrer Aufnahme fordern. Darauf stellt Lansing die Frage: „Ist es möglich, die Zeit zu bestimmen, wann Deutschland zum Völkerbund zuge lassen werden kann?" Der Präsident: „Offen gestanden halte ich das nicht für möglich. Ich glaube, es ist für uns notwendig, daß der Wechsel der Regierung und der Regierungsmethoden in Deutschland ehrlich und dauerhaft ist. Beides wissen wir jedoch noch nicht." Lansing: „Wann werden wir das wissen? Wann werden Sie die Zustimmung all dieser Länder, von Frankreich oder vom Völzugsrat erhalten?" Der Präsident: „Ich glaube, Frankreich würde eines der ersten sein." Davis: „Glauben Sie, daß es das tätte, wenn es verpflichtet wäre, die Okkupationsarmeen zurückzuziehen? Das wird als eine Bedingung für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund angegeben." Der Präsident: „Außer wenn Deutschland für die Armee zu zahlen hätte. Ich glaube, es würde die Okkupationsarmee bald satt bekommen." Davis: „Es will auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Kontrolle haben." Der Präsident: „Aber ich sehe nicht, wie sie das ohne eine besondere Konvention tun können." Davis: „Wie Sie wissen, besteht mit ihnen bereits eine Konvention, und sie lassen dauernd den Wirtschaftsrat springen und halten sich nicht an die Konvention..." Der Präsident: „Meine einzige Hoffnung ist, daß nach Unterzeichnung des Friedens diese Dinge geregelt sein werden."

Wilson kennt die Verhältnisse am Rhein. Er weiß, daß Frankreich dort mehr als nur militärische Absichten verfolgt. Er kennt die Entschlossenheit Englands, diese Pläne zu durchkreuzen. Er will sich aber nicht auf Seite Englands stellen, weil Frankreich ihm gedroht hat, daß es dann zum Bruch unter den Alliierten komme; er unterstützt daher den französischen Standpunkt und tröstet sich, daß mit dem Zutritt Deutschlands zum Völkerbund die Frage sich von selbst lösen werde. Für die sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund setzt er sich aber auch nicht ein, sondern schließt sich wieder dem französischen Standpunkt an, Deutschland müsse zuerst Gewähr für seine dauernde „Besserung" bieten. Seine Mitarbeiter drängen in ihn, wann man dann mit der Aufnahme Deutschlands rechnen könne? Sie befürchten, ob Frankreich nicht dauernd dieser Aufnahme zuwider sein werde, weil sie seine Pläne am Rhein durchkreuzen würde? Wilson gibt zu, daß

er dazu eigentlich nichts zu sagen wisse: „Meine einzige Hoffnung ist, daß nach Unterzeichnung des Friedens diese Dinge geregt sein werden.“ Wilson vertritt in diesem Augenblick den militärisch, finanziell und wirtschaftlich bei weitem stärksten und einzig intakten Staat der Welt, der Frankreich an Machtmitteln unendlich überlegen ist. Er fände in den meisten Fragen die volle Unterstützung Englands. Gedrängt von seinen sämtlichen amerikanischen Mitarbeitern und Beratern, auf die deutschen Gegenvorschläge einzugehen, schließt er aber jede Unterredung in völliger geistiger Hilflosigkeit mit der Feststellung, die Franzosen wollten eben keine Änderung.

Hätte man Wilson gefragt, warum er z. B. nicht für die unmittelbare Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eintrete, die die Deutschen forderten und von der er selbst eine Lösung aller Schwierigkeiten erwartete, so hätte er geantwortet, daß die Deutschen nicht den Nachweis erbracht hätten, daß ihr Ausschluß vom Völkerbund „ungerecht“ sei. Man wird Wilsons Handlungsweise nie verstehen, ohne sich die besondere geistige Struktur seiner Persönlichkeit gegenwärtig zu halten. Besonders auffällig dafür ist der Schluß der Unterredungen, in dem der Präsident seine Berater darüber belehrt, auf was es in der Politik ankomme, und umgekehrt von seinen Beratern darauf aufmerksam gemacht wird, auf was es in der Politik nicht ankomme. Der Präsident: „Die Frage, die mir am Herzen liegt, lautet: Wo haben sie (die Deutschen) mit ihren Behauptungen recht? Wo haben sie gezeigt, daß die Vereinbarungen des Friedensvertrages in wesentlicher Hinsicht ungerecht sind?.. Wo uns nachgewiesen wird, daß wir von unsren Grundsäzen abgewichen sind, müssen wir überlegen, welche Berichtigungen notwendig sind, um mit jenen Prinzipien in Einklang zu kommen...“ Lansing: „Das behaupte ich auch, aber ich möchte es nicht auf „Ungerechtigkeit“ beschränken; wo wir einen Fehler begangen haben, würde ich nicht sagen, daß er eine Ungerechtigkeit wäre. Ich möchte behaupten, daß etwas, was einer guten Politik zuwiderläuft, nicht ungerecht zu sein braucht; ich meine einfach, daß wir einen Fehler begangen haben, den wir berichtigen sollten...“ Hoover: „Abgesehen von allen Fragen der Gerechtigkeit, inwieweit halten Sie es für zweckmäßig?“ Der Präsident: „Sie meinen, um sie (die Deutschen) zur Unterzeichnung zu bringen?“ Hoover: „Um ihre Unterschrift zu erlangen. Es macht mir den Eindruck, daß das wichtiger ist als die Frage der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, da in diesen Zeiten das Abwagen von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit recht schwierig ist.“ Der Präsident: „Gewiß, Niemand kann sicher sein, daß er eine gerechte Entscheidung getroffen hat. Aber denken Sie nicht, daß, wenn wir den Vertrag als gerecht betrachten, das Argument der Zweckmäßigkeit vorherrschen sollte, da wir nach allem das nicht preisgeben dürfen, wofür wir gekämpft haben... Nun, der Herr sei mit uns!“

Man sieht, Politik ist für Wilson eine Art Prozessieren. Wo ihm nachgewiesen wird, daß eine Bestimmung „ungerecht“ sei, ist er zur

Abänderung bereit. Er selbst hat kein Urteil, ob eine Bestimmung gut oder schlecht, politisch klug oder dumm, wirtschaftlich vernünftig oder unvernünftig ist, weil er die vorliegende Frage nicht wirklich kennt, nichts Genaues darüber weiß und von allem nichts versteht. Nun konnte Wilson unmöglich von allen Fragen, über die er in Paris mitzuentscheiden hatte, eingehende Kenntnis besitzen. Dafür hätte er aber seine technischen Berater gehabt. Er maßte sich bei seinem gänzlichen Mangel an Selbstkritik und seiner unbeschränkten Eingebildetheit aber an, er könne als Weltrichter, auch ohne über die sachlichen Unterlagen unterrichtet zu sein, bei jeder Frage entscheiden, ob sie „gerecht“ oder „ungerecht“ sei. In Wirklichkeit kam es darauf hinaus, daß diejenige Partei, die den besseren Advokaten besaß, d. h. die dem Präsidenten eine Sache „mundgerecht“ zu machen verstand, gewonnenes Spiel bei ihm hatte. „Die Frage, die mir am Herzen liegt, lautet: Wo haben die Deutschen gezeigt, daß die Vereinbarungen des Friedensvertrages in wesentlicher Hinsicht ungerecht sind?“ Unter diesen Umständen hatten die Mittelmächte von vornehmerein verlorenes Spiel bei Wilson. Ein einziges Mal, bei Überreichung ihrer Gegenvorschläge, wurden sie zur Verfechtung ihrer Sache vorgelassen. Bei den monatelangen Verhandlungen, aus denen der Vertragstext des Versailler Vertrages hervorging, plädierten nur die Verbandsmächte für ihre Sache. Daß sie diese als einzige „gerecht“ darstellten, ist natürlich selbstverständlich. So kam es, daß Wilson den ganzen Friedensvertrag als absolut „gerecht“ ansah. Clemenceau und seine Mitarbeiter hatten ihm ja nachgewiesen, daß der Vertrag „gerecht“ sei und ihm zuliebe dessen politische Ziele „in die erhabene Sprache der Freiheit und der internationalen Gleichheit gekleidet“ (Reynes). Den Deutschen war, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht gelungen, das Gegenteil nachzuweisen. Damit war für Wilson die Sache in Ordnung. Daß er, wenn er den Richter spielen wollte, von vornehmerein beide Parteien zum Wort kommen, d. h. zu den Verhandlungen hätte zulassen müssen, dafür fehlte ihm die Empfindung. Wilson ist keine tief ethisch empfindende, von glühender Gerechtigkeitsliebe erfüllte Persönlichkeit, als die man ihn der Welt gelegentlich noch immer hinstellen will. Er wollte niemandem Unrecht tun, gewiß. Aber sein Gerecht-sein-wollen beschränkte sich auf ein Gerecht-scheine-wollen. Er hat die schreiendsten Ungerechtigkeiten der Friedensverträge fast lächelnd gutgeheißen, nicht im Bewußtsein des Unrechts, sondern weil ihm ganz einfach das Gewissen fehlte, das ihm das Unrecht seines Tuns angezeigt hätte. Wenn eine Bestimmung nur in die richtige Sprache gekleidet, mit einer idealistischen Begründung versehen war, d. h. gerecht scheinen, so genügte ihm das. Diese feinere seelische Organisation, die wir im altmodischen Mitteleuropa noch immer besitzen, die sich nicht mit dem Schein einer Sache abfinden kann, sondern immer die Sache selbst, in diesem Fall die Gerechtigkeit selbst, will, kennt man in der neuen Welt nicht. Dort ist man viel „fortgeschritten“: Darum legen wir so leicht falsche Maßstäbe an Persönlichkeiten und Vorgänge der „großen“ Welt.

Es hat Wilson nicht an Hinweisen gefehlt, daß das Werk, das er mitschaffen half, der Versailler Vertrag, in keiner Weise mit den von ihm verkündeten Grundsätzen übereinstimme. Mitte Mai überreichte ihm William Bullitts seine Demission als Delegierter an der Friedenskonferenz mit der Begründung: „Ich habe meine Entlassung als Mitarbeiter bei der amerikanischen Friedensmission eingereicht. Ich bin einer der Millionen, die rückhaltlos Ihrer Führerschaft vertrauten und glaubten, Sie wollten nichts Geringeres als den dauernden Frieden auf der Basis einer selbstlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nun entschlossen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ich kann mich nicht mehr davon überzeugen, daß die jetzige Regierung auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung tatsächlich Arbeit geleistet hat. In Wahrheit kämpfen Sie für den Untergang.“ Und zwei Wochen später, am 30. Mai, richtet General Smuts einen persönlichen Brief an Wilson, in dem er ihn beschwört, den wesentlichsten Punkt der deutschen Gegenvorschläge zu berücksichtigen, wo nämlich darauf hingewiesen werde, daß die Alliierten verpflichtet seien, einen Frieden in Übereinstimmung mit den 14 Punkten und den andern 1918 verkündeten Grundsätzen Wilsons zu schließen: „Ich meine, wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Reden von 1918 hält. Offen heraus, ich glaube nicht, daß das der Fall ist... Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten. Wir werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.“ Am 7. Juni reicht auch Kehnes, der englische Delegierte, als er sieht, daß der Friedensvertrag nicht mehr wesentlich abgeändert wird, seine Demission ein.

\* \* \*

Hält man sich die Einstellung Wilsons, die Politik als eine Art Prozessieren zu betrachten, gegenwärtig, dann versteht man auch sein Verhalten in den Jahren vor Amerikas Beitritt zum Krieg. Ein Franzose, Daniel Halevy, hat es in einem im Herbst 1917 geschriebenen Buche „Präsident Wilson“ (deutsch bei Rascher & Co. 1919) unternommen, seinen Landsleuten den Werdegang und dieses Verhalten Wilsons nahe zu bringen. So richtig die von Halevy angeführten Tatsachen sind, so dürfte doch seine letzte Auslegung der Wilson'schen Beweggründe nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen. Nach Halevy wäre Wilson eine beinahe machiavellistische Natur. Er hätte vom August 1914 an nur auf das eine Ziel der Beteiligung Amerikas am Weltkrieg auf Seiten der Alliierten losgesteuert. Er hätte sich den Pazifisten und Nichtinterventionisten (den Deutschamerikanern u. a.) in den ersten Kriegsjahren nur deswegen angenähert, um mit ihrer Hilfe im Jahre 1916 wiedergewählt zu werden und dann um so sicherer Amerika in

den Krieg führen zu können. Der logisch und politisch folgerichtig denkende Franzose kann sich das Verhalten Wilsons gar nicht anders erklären. In Wirklichkeit kommt es natürlich auch auf das hinaus, wie er es sich vorstellt. Aber subjektiv stellen sich die Beweggründe Wilsons doch anders dar. Wilson ist nicht ein klarer, realistischer Politiker, wie Halevy meint, sondern ein verschwommener Mystiker. Wilson will um einer Idee willen Politik machen, aus pfarrherrlichen Gründen; er will um einer fiktiven Gerechtigkeit willen Krieg führen. Nicht Machtmotive, nicht machiavellistische Überlegungen treiben ihn dazu. Wenn man von seiner persönlichen Eitelkeit als ebenfalls treibendem Motiv absieht, sind seine Motive unpolitischer, rein ideeller Natur. Seine Unzulänglichkeit liegt in seinem Mangel an Gewissen und Verantwortungsgefühl; er will als Vollstrecker eines Urteils, das noch gar nicht gesprochen ist, in den Krieg ziehen. Ihm, der sich als Weltrichter aufspielt, fehlt das einfachste Rechtsempfinden, daß er, bevor er ein Urteil fällt, zuerst beide Parteien angehört haben muß. So übernimmt er einfach das Urteil, das ihm die eine Partei zu suggerieren versteht. Je mehr in Amerika die Wirksamkeit der deutschen Propaganda infolge der Unterbindung der deutschen Presse und der Unterdrückung der ihr zugänglichen Presse nachläßt und diejenige der Alliierten zunimmt — soll doch England während des Krieges nicht weniger als 150 Millionen Dollar für Propaganda in Amerika ausgelegt haben —, desto mehr ist für Wilson entschieden, welche Sache die „gerechte“ und welches die „ungerechte“ ist und auf welcher Seite er als Vollstrecker der Weltgerechtigkeit in den Krieg eintreten muß. Noch im Jahre 1916 erklärt Wilson, man könne durchaus nicht sagen, daß diese oder jene Partei für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei. In Paris hat er seine Zustimmung einem Artikel des Versailler Vertrages erteilt, der den Mittelmächten die alleinige Schuld dafür zuschiebt.

Wilson hat nie ein selbständiges Urteil über die Vorgänge in Europa besessen. Sein Urteil war, wie dasjenige der meisten Amerikaner, lediglich ein Erzeugnis der alliierten Propaganda. Amerika hatte bis zu einem sehr hohen Grade in den letzten Kriegsjahren seine geistige Selbstständigkeit verloren. Diesem Umstand ist es auch zu einem guten Teil zuzuschreiben, daß es in Paris auf die Gestaltung des Friedens keinen größeren Einfluß gewinnen konnte. Es ist zwar falsch, es als ein Verdienst Wilsons hinzustellen, wenn die Absichten der französischen Politik im Versailler Vertrag nicht vollständig zur Ausführung gelangten. Wilson sind auch in Paris nicht die Augen aufgegangen und er war bis zum letzten Augenblick seiner dortigen Anwesenheit ein Sklave der von ihm vor und während des Waffenstillstandes aus der französischen Vorstellungswelt übernommenen Vorstellungen. Aber auch wenn an Stelle Wilsons andere amerikanische Delegierte gestanden hätten, denen in Paris ja schnell die Augen darüber aufgegangen waren, um was es ging: den geplanten Verständigungsfrieden hätten auch sie kaum mehr zustande gebracht, weil ihr eigenes Land und Volk in jenem Augenblick zu tief in die Vorstellungswelt

welt der Alliierten verstrickt war. Wilson klagt einmal, sobald er sich einer Forderung der französischen Politik widerseze, heiße es, er sei pro-deutsch. Mit dieser Anschuldigung, pro-deutsch zu sein, konnte bei der geistiger Verfassung, in die die Volksmassen der Verbündeten einschließlich Amerikas durch die englisch-französische Propaganda versetzt worden waren, jeder Staatsmann vor seinem Land unmöglich gemacht werden. Frankreich hat diese Waffe noch bis in die jüngste Zeit erfolgreich gegen jede ausländische Persönlichkeit, die seiner Politik Widerstand entgegenzusetzen wagte, angewandt. (Bekanntlich versucht Frankreich ja auch die Verwerfung des Zonenabkommens durch die Volksabstimmung als ein pro-deutsches Machwerk zu diskreditieren.) Wenn Amerika das hätte erreichen wollen, was Wilson bei der Propagierung des Kriegsbeitritts im Grunde genommen (neben allerhand andern mitbestimmenden Motiven) vorschwebte — die Erzwingung eines Verständigungsfriedens —, dann hätte es seine geistige und politische Selbständigkeit bewahren müssen und nicht Partei ergreifen und dem Krieg beitreten dürfen. (Die realpolitischen Erwägungen, die für den Beitritt sprachen, wollen wir hier unerörtert lassen.) Daß Wilson den Einwirkungen der alliierten Propaganda und derjenigen der amerikanischen Befürworter des Krieges erlegen ist, bedeutet sein erstes Versagen in der internationalen Politik. Damals wandten sich auch seine bisher treuesten Mitarbeiter wie Bryan und Hale von ihm ab. Sein Versagen in Paris war dann nur die Fortsetzung und notwendige Folge dieses ersten Versagens.

\* \* \*

Entspricht es schon nur recht wenig den Tatsachen, wenn eine geschäftige Fama Wilson in Paris zum Märtyrer seines „Idealismus“ und zum Opfer im Kampfe um eine „neue“ Weltordnung gegenüber der „alten“ Diplomatie und Politik hat machen wollen, so sind auch die Darstellungen, die man vielerorts von seinem Verhältnis zum Völkerbund gegeben hat, nur zum kleineren Teil richtig. Mit der Frage einer internationalen Organisation der Staaten hat sich Wilson erst zu beschäftigen angefangen, als die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten zum Weltkrieg akut wurde. Wilson ist nie Pazifist gewesen. Halevy schildert in seinem oben erwähnten Buch, daß der Krieg von ihm als einem Kenner der Geschichte in seiner Bedeutung und Berechtigung stets anerkannt worden sei. Greifbare Gestalt gewinnt der Gedanke einer „Gesellschaft von Nationen“, als er zur Ausarbeitung seines 14-Punkte-Programms schreitet, das er übrigens zum großen Teil wörtlich, einem Gutachten dreier amerikanischer Experten vom Anfang Januar 1918 entnimmt. (Dieses ist als Dokument 2 bei Baker abgedruckt.) Über sein wirkliches Verhältnis zum Völkerbund schreibt sein treuester Verehrer, Baker: „Eigentlich ist nichts — nicht ein einziger Gedanke — in dem Völkerbundsvertrag eine ursprüngliche Idee des Präsidenten. Sein Verhältnis zu dem Vertrag ist vielmehr das eines Herausgebers oder Kompilators, der

die aus andern Quellen strömenden Projekte sichtet, verwirft, redigiert und miteinander verbindet.“ Den besten und eigentlich einzige brauchbaren Teil des schließlich errichteten Völkerbundes — dessen Artikel 12 bis 16 — entnimmt er einem englischen Entwurf, dem sog. Phlillimore-Entwurf (wohl dem besten, der überhaupt entstanden ist). Aufräumen muß man auch mit der Legende, als ob Wilson diejenigen Teile des Völkerbundesvertrages, an denen nach ihrem Bekanntwerden in Amerika und bei den Neutralen so sehr Anstoß genommen worden ist und die den Versailler Völkerbund von vorneherein als Totgeburt haben erscheinen lassen, erst in Paris unter dem Druck der „alten“ Diplomatie in sein Programm aufgenommen habe. Die Grundmängel des schließlichen Paktes, die so wenig, wie viele Bestimmungen der Friedensverträge mit den von Wilson verkündeten Grundsätzen übereinstimmen, finden sich schon in den ersten Skizzen Wilsons. Die Konzeption des Völkerbundes als einer „Gesellschaft von Nationen“, die in erster Linie die siegreiche Allianz der alliierten und assoziierten Mächte umfaßt und deren aus dem Friedensschluß hervorgegangenen Besitzstand garantieren soll (der spätere Artikel 10), ist durchaus Wilson'scher Herkunft. Wilson zeigt sich auch hier schon längst bevor er nach Paris kommt, gänzlich in französischen Vorstellungskreisen gefangen. Aber auch die Auffassung von dem Prinzip der Großmächte, durch deren Machtmittel der Friede erzwungen werden soll, wie sie später im Rat des Völkerbundes praktischen Ausdruck findet, d. h. also die Voranstellung der Macht vor das Recht, übernimmt Wilson schon 1917 aus dem Gedankenkreis der amerikanischen „Liga zur Erzwingung des Friedens“. In Paris kommt dann noch das Mandatsystem aus dem Entwurf von General Smuts dazu. Damit ist das Gebilde beieinander, das nicht Fisch und nicht Vogel, im Mai 1919 mit Bekanntgabe des Versailler Friedensvertrages und als dessen I. Teil das Licht der Welt erblickt; „eine Allianz der fünf großen Militärmächte, die sie, um die wach gewordene öffentliche Meinung der Menschheit zu befriedigen und dem Idealismus des Moralisten etwas zu bieten, mit einem Heiligenchein umgeben und „Bund der Völker“ genannt haben,“ wie Lansing (S. 206) sich ausdrückt.

Als besonderes Verdienst wird es Wilson angerechnet, daß er in Paris so sehr auf die Annahme dieses Paktes gedrängt und ihn mit den Friedensverträgen in Verbindung gebracht habe. Alle übrigen Vertreter der amerikanischen Friedenskommission waren ungefähr der entgegengesetzten Meinung, daß es nämlich ein wahres Unglück gewesen sei, daß das Beharren auf diesem Völkerbund Wilson für alles andere blind gemacht habe. (Vergl. Lansing: „Die fixe Idee des Präsidenten in Bezug auf einen Völkerbund machte ihn blind für alles übrige.“) Die verbündeten Staatsmänner hätten sehr schnell herausgefunden, daß wenn man Wilson drohe, ihm die Zustimmung zum Völkerbund zu verweigern, er zu jeder Konzession bereit sei. Auf diese Weise haben ihm insbesondere die Franzosen (betreffs linkes Rheinufer) und die Japaner (betreffs Schantung) die unmöglichsten Konzessionen abgepreßt. Was man in Amerika dem Völkerbund, den Wilson so zu-

wege brachte, praktisch für Wert zuerkannte, hat die Verwerfung bewiesen, die ihm dort mitsamt den Friedensverträgen vor dem Senat und der öffentlichen Meinung zuteil wurde. In Europa haben sich seiner die siegreichen Großmächte je nach Bedarf als eines brauchbaren Instrumentes bei der Verfolgung ihrer machtpolitischen Ziele bedient. Eine andere Leistung ist ihm bisher nicht beschieden gewesen.

\* \* \*

Baker schreibt im I. Band seiner „Memoiren“ auf S. 9: „Noch nie gab es einen lehrreicheren Bankerott als der Fehlenschlag des Präsidenten in Paris.“ Der Umstand, daß ein Bankerott „lehrreich“ sein soll, ist aber nur ein schlechter Trost für den Bankerott selbst. Wäre die Wahl zum Präsidenten im Jahre 1916 nicht auf Wilson, sondern auf den republikanischen Kandidaten gefallen, so wären die Vereinigten Staaten zweifellos auch in den Weltkrieg eingetreten; unter dieser Führung aber sicher mit besserer Rückendeckung gegen ihre eigenen Verbündeten, so daß sie diesen in Paris nicht einfach ausgeliefert gewesen wären; und außerdem mit realpolitischen Zielen, so daß sie schon aus realpolitischen Überlegungen keinen Frieden zugelassen hätten, wie ihn Wilson in seiner geistigen Hilflosigkeit zuließ und der den Interessen der Vereinigten Staaten in keiner Hinsicht dienlich war und darum auch vom Senat verworfen wurde. In früheren Geschichtsepochen hat man den Feldherren, die aus einer verlorenen Schlacht heimkehrten, den Kopf vor die Füße gelegt. Da half kein Herausreden mit idealen Redeweisen. „Idealismus“ galt damals noch nicht als Freibrief für jede erdenkliche Stümperei. Amerika hat immerhin Wilson nach seiner Rückkehr im bildlichen Sinne beinahe so behandelt, wie frühere Völker ihre besiegten Feldherren. Um so mehr haben in Europa diejenigen Wilson hoch leben lassen, denen er dank seiner politischen Unfähigkeit die Verwirklichung ihrer machtpolitischen Ziele so sehr erleichtert hat, in erster Linie Frankreich und seine Verbündeten in Ost- und Südosteuropa. Ihnen angeschlossen haben sich diejenigen in neutralen Ländern, die am Pariser Friedenswerk und den dadurch geschaffenen Machtverhältnissen in Europa Gefallen finden, oder die in ihrer unverwüstlichen Einfalt noch heute sich nicht von der Vorstellung haben befreien können, daß mit dem „Siege der Freiheit und Gerechtigkeit“ die „neue Weltordnung“ und das goldene Zeitalter des Friedens angebrochen sein müsse.

Leider aber hat sich das, was General Smuts Wilson in seinem Brief voraussagte, daß „dieser Friede sogar noch ein größeres Unheil für die Welt bedeuten könnte, als der Krieg es war“, schon heute als nur allzu wahr erwiesen. Und daß dieses „noch größere Unheil“, dieser Friede zustande kam, ist in erster Linie das Werk Woodrow Wilsons!